

Betreff:**Leitbild Innenstadt**

Organisationseinheit:	Datum:
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	13.11.2018

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Kenntnis)	11.12.2018	Ö

Sachverhalt:Beschluss des Stadtbezirksrates vom 18.09.2018:

„Die Stadtverwaltung möge den Mitgliedern des Stadtbezirks Innenstadt das Leitbild neuester Stand vorstellen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Jahr 2004 ist Herr Prof. Ackers von der IHK mit dem Auftrag für das angesprochene „Leitbild für die Innenstadt Braunschweig“ betraut worden. Der Auftrag stand im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beschluss des Rates, das Schlosspark-Areal an ECE zu verkaufen, um das Residenzschloss wieder aufzubauen, und dem Bau der Schloss-Arkaden von 2005 - 2007.

Zwischenzeitlich ist das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Braunschweig 2030 fertiggestellt. Die aktuellen Ziele, Rahmenprojekte und Maßnahmen sind darin ausführlich dargestellt. Sie sind unter breiter Öffentlichkeitsbeteiligung und in vielfältigen Abstimmungen mit den politischen Gremien entwickelt worden und vom Rat am 6. November 2018 beschlossen worden.

Dieses Konzept wurde dem Stadtbezirksrat Innenstadt bereits vorgestellt.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:**Lärm-, Staub- und Schadstoffemissionen in der Innenstadt****Organisationseinheit:**

Dezernat III

61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

20.11.2018

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

11.12.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Zum Protokollauszug der Sitzung vom 30.10.2018 des Stadtbezirksrates 131 - Innenstadt und der angeforderten Korrektur zur Drucksache 18-09009-01 wird wie folgt Stellung genommen:

Die Verwaltung hat die genannten Zahlen zu den Verkehrsmengen am Stadtring erneut überprüft. Die im Protokoll genannten Verkehrszahlen von etwa 10.000 Kfz/Tag treten in der Innenstadt beispielsweise am Steinweg oder in der Sonnenstraße auf.

Die Verwaltung kam zur Erkenntnis, dass möglicherweise ein Missverständnis vorliegt bezüglich der Straßen, um die es beim Stadtring/Cityring geht.

Wilhelminischer Stadtring

Die Antwort in der Stellungnahme 18-09009-01 bezog sich auf den Wilhelminischen Stadtring. Dafür kann die genannte Zahl von bis zu 42.000 KFZ werktags bestätigt werden. Die höchsten durchschnittlichen Verkehrszahlen am Wilhelminischen Stadtring werden am Reberring erreicht.

Innerer Stadtring (Cityring)

Im Inneren Stadtring sind die Verkehrszahlen geringer als im Wilhelminischen Stadtring und liegen zwischen 20.000 und 30.000 Kfz/Tag.

Für stadtweite Aussagen sei hier nochmals auf die Verkehrsmengenkarte für Braunschweig (Stand 2016) verwiesen, zu finden unter:

http://www.braunschweig.de/leben/stadtplan_verkehr/verkehrsplanung/verkehrsmengenkarte_n.html

Warnecke

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Adventsbeleuchtung am Altstadtrathaus

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.11.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

Status

11.12.2018

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbezirksrat befürwortet, dass das Altstadtrathaus in diesem Jahr und auch in den kommenden Jahren weihnachtlich beleuchtet wird. Die jährlich entstehenden Kosten für den Auf- und Abbau sowie Einlagerung der Beleuchtung werden bis zu einer Höhe von 500,00 € pro Jahr aus dem bezirklichen Budget übernommen.

Die in diesem Jahr anfallenden Kosten sind nachträglich zu erstatten.

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat Innenstadt hat für die Beschaffung der weihnachtlichen Beleuchtung am Altstadtrathaus aus den bezirklichen Mitteln 2017 5.000 € zur Verfügung gestellt. Dabei wurde versäumt, den Beschluss dergestalt zu erweitern, dass der Bezirksrat die laufenden Kosten für den Auf- und den Abbau sowie die Einlagerung für die Adventsbeleuchtung des Altstadtrathauses übernehmen wird.

Der in diesem Jahr anfallende Betrag in Höhe von 452,00 €, für den die Stadt aufgrund des Zeitfortschritts zunächst in Vorleistung getreten ist, wird aus den Bezirksratsmitteln erstattet.

Gez.
Heike Zander
Bezirksbürgermeisterin

Anlage/n:

keine

Absender:

**Friedrich Walz, BiBS im Stadtbezirksrat
131**

TOP 4.2

18-09409

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Gedenkplatte/-tafel 8. November 1918 auf dem Schlossplatz

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.11.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

Status

11.12.2018

Ö

Beschlussvorschlag:

In die Pflasterung des Schlossplatzes vor dem Portikus der Schloss-Arkaden wird eine Gedenkplatte/-tafel eingemauert.

Die Verwaltung wird gebeten, dazu eine Beschlussvorlage mit zwei alternativen Texten zu erstellen.

Sachverhalt:

Die Gedenkplatte/-tafel soll an das Jahrhundertereignis der Wende von der Monarchie zur Republik in Braunschweig erinnern und sichtbar machen.

Gez. Friedrich Walz, BiBS

Anlage/n:

keine

Absender:

**Friedrich Walz, BiBS im Stadtbezirksrat
131**

TOP 4.3

18-09411

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Platz der Republik

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.11.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

Status

11.12.2018

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Platz zwischen Martinikirche und Amtsgericht wird "Platz der Republik" benannt. Dazu wird die Verwaltung gebeten, eine Beschlussvorlage zu erstellen, in der auch von Historikern/-vereinen Stellungnahmen enthalten sind.

Sachverhalt:

Das Jahrhundert - Ereignis der Wende von der Monarchie zur Republik in Braunschweig insbesondere vom 8. bis 10. November 1918 ist Anlass genug den Platz "Platz der Republik" zu benennen.

"In der Endphase des Ersten Weltkrieges kam es auch in Braunschweig zu revolutionären Unruhen. Herzog Ernst August dankte am 8. November 1918 gegenüber dem örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat unter Führung von August Merges ab. Am 10. November bewegte sich ein großer Demonstrationszug vom Schloss zum Landtag, wo eine Alleinregierung der USPD durch den Arbeiter- und Soldatenrat ausgerufen wurde. Die „Sozialistische Republik Braunschweig“ wurde proklamiert und zu ihrem ersten Präsidenten wurde auf Vorschlag des USPD-Politikers Sepp Oerter einstimmig August Merges gewählt."

Das Landtagswahlrecht des Herzogtum Braunschweig war das reaktionärste im Deutschen Kaiserreich. Hier war wegen des rigiden Drei-Klassen-Wahlrechts nie ein gewählter Vertreter der Arbeiterschaft Mitglied gewesen.

Gez. Friedrich Walz, BiBS

Anlage/n:

keine

Absender:

**Friedrich Walz, BiBS im Stadtbezirksrat
131****18-09410**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Linde vor das Theater

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.11.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

Status

11.12.2018

Ö

Beschlussvorschlag:

Auf dem leeren Baumstandort Nr. 60 (städtisches Baumkataster) an der Rückseite des Theaters (am Zebrastreifen) wird noch möglichst in 2018 eine kleine junge Sommerlinde gepflanzt.

Sachverhalt:

Damit wird die Symmetrie und im Hinblick auf eine Anknüpfung an die im Laufe der nächsten Jahrzehnte herzustellende Lindenallee auf der Jasperallee der historische Kontext wieder hergestellt.

Gez. Friedrich Walz,BIBS

Anlage/n:

keine

Absender:

**Heikebrügge, Stefan / Gruppe
PARTEI/PIRATEN im Stadtbezirksrat
131**

18-09648

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Anfrage zum St.-Petri-Projekt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.11.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

11.12.2018

Ö

Am Mittwoch, 14. November, um 16.30 Uhr, wurde in der St. Petri-Kirche eine öffentliche Ausstellung aller Modelle und Entwürfe, die im Rahmen eines geschlossenen Wettbewerbs zum St.-Petri-Projekt eingereicht wurden, eröffnet. Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer und Oberlandeskirchenrat Dr. Jörg Mayer, Leiter der Finanzabteilung der Landeskirche, erläuterten die Arbeiten. In der Stellungnahme 18-09218-1 der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass ein Satzungsbeschluss für dieses Projekt in Planung sei und im Jahr 2019 beschlossen werden soll.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Fragen:

1. Ist in dem Satzungsbeschluss vorgesehen sicherzustellen, dass in diesem Projekt ein fester prozentualer Anteil der Wohnungen als bezahlbare Wohnungen (Sozialwohnungen) entsprechend des Ratsbeschlusses der Stadt Braunschweig vorgegeben werden?
2. Wird im Vertragsentwurf zum Verkauf des für das Projekt benötigten stadtdeigenen Grundstückes die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum (Sozialwohnungen) als bedingende Wirkung in den Vertrag aufgenommen werden?
3. In der Stellungnahme der Verwaltung 18-09218-1 wird auf §34 BauGB verwiesen, der in Absatz 1 festlegt, dass das Ortsbild durch die Baumaßnahme nicht beeinträchtigt werden darf. Nach § 93 NKomVG Abs. 1 Nr. 5 bzw. § 94 NKomVG Abs. 1 Nr. 5 bestehen Mitbestimmungs- bzw. Mitwirkungsrechte des Stadbezirksrates. Wann wird der Stadtbezirksrat 131 Innenstadt diesbezüglich eingebunden?

Stefan Heikebrügge

Gruppe Die PARTEI\PIRATEN im Stadtbezirk Innenstadt

Anlage/n:

keine

Betreff:**Anfrage zum St.-Petri-Projekt****Organisationseinheit:**Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz**Datum:**

30.11.2018

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

11.12.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe PARTEI/PIRATEN im Stadtbezirksrat 131 vom 20.11.2018 wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Es ist vorgesehen, mit dem Investor für das Projekt „An der Petrikirche“ noch vor der Offenlage des Bebauungsplanes einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, in dem sich der Investor verpflichtet, einen Anteil von 20 % der im Geschosswohnungsbau entstehenden Wohnungen als bezahlbaren Wohnraum (Sozialwohnungen) herzustellen.

Zu Frage 2:

Die Regelung zum sozialen Wohnungsbau erfolgt üblicherweise im Folgekostenvertrag (siehe Beantwortung Frage 1). Da die Stadt hier Grundstückseigentümerin einer Teilfläche ist, auf der das Projekt verwirklicht werden soll, ist vorgesehen, einen entsprechenden Passus zum sozialen Wohnungsbau auch in den Grundstückskaufvertrag aufzunehmen.

Zu Frage 3:

Der Stadtbezirksrat wird über eine Mitteilung außerhalb von Sitzungen über das Wettbewerbsverfahren und die prämierten Arbeiten informiert (vgl. Mitteilung 18-09680). Grundlage für die Festsetzungen bildet der 1. Preis des Wettbewerbsverfahrens. Eine inhaltliche Einflussnahme der Politik ist im Rahmen des weiteren Bebauungsplanverfahrens möglich. Der Entwurf der Festsetzungen wird mit der Vorlage zum Auslegungsbeschluss den politischen Gremien zum Beschluss vorgelegt. In diesem Zusammenhang können entsprechende Anregungen seitens der Politik erfolgen. Erst danach erfolgt die Auslegung. Die im Rahmen der Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit müssen danach abgewogen werden. Dieser Abwägungsprozess wird dem Rat der Stadt Braunschweig mit dem Satzungsbeschluss zur Entscheidung vorgelegt.

Warnecke

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Friedrich Walz, BiBS im Stadtbezirksrat
131 Innenstadt****18-09646**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Verkehrszählung am Wendentorwall

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.11.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

11.12.2018

Ö

Sachverhalt:

Welche verkehrsregelnden oder Bau-Maßnahmen plant die Verwaltung aufgrund der neuen Verkehrszählung am Wendentorwall?

gez.:

F. Walz

Anlage/n:

keine

Absender:

**Gruppe PARTEI/PIRATEN im
Stadtbezirksrat 131**

18-09622

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Flächennutzungsinitiative Innenstadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.11.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

11.12.2018

Ö

Die Gruppe Die PARTEI\Piraten regt den Entwurf einer **Flächennutzungsinitiative zur ökologischen Aktivierung von bislang ungenutzten Fassaden und Flachdachflächen im Stadtbezirk Innenstadt** an.

Diese Dächerpark-Initiative für den Stadtbezirk Innenstadt soll vorhandene ungenutzte horizontale oder vertikale Flächen im Innenstadtgebiet öffnen, die Luftqualität erhöhen und das von dichter Bebauung und hohem Verkehrsaufkommen belastete Stadtteilklima verbessern. Ebenso sollen die Innenstadtbevölkerung und interessierte Stadtbewohnende anderer Stadtbezirke an der Entwicklung zukunftsfähiger Formen urbaner Agrikultur beteiligt werden. Auch sollen bereits oder künftig stattfindende Forschungsprojekte (siehe Anlagen) in diesem Kontext mit förderfähigen Projekten platzierbar werden, betrieben durch Bürgermittel.

Durch eine gelungene Initiative dieser Art erhoffen wir uns ein herausragendes stadt kulturelles Merkmal entlang des denkdeinestadt-Prozesses, einer erhebliche Aufenthaltsqualitätssteigerung für den Stadtbezirk, sowie umfangreiche Impulse zur Stärkung in unserer Stadt stattfindender Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

1. Welche Voraussetzungen müssen nach Ansicht der Verwaltung für ein Gelingen dieser Initiative erfüllt sein?
 2. Welche Kooperationen zwischen örtlichen Partnern aus Wirtschaft, Bildung oder Wissenschaft und der Stadt Braunschweig, die die Begrünung oder agrikulturelle Erschließung von vertikalen (= Dächer) oder horizontalen (= Fassaden) Innenstadtflächen zum Gegenstand haben, bewertet die Verwaltung strategisch positiv?
 3. Welche Rückmeldung aus der Öffentlichkeit erwartet die Verwaltung zu einem als Grünlandschaft erschlossenen innerstädtischen Dächerverbund, ergänzt durch mittels Spalierobstgärten begrünte Fassadenelemente ?
- <https://magazin.tu-braunschweig.de/m-post/gruene-woche-roboter-schwaerme-fuer-die-landwirtschaft/>
 - <https://www.skygreens.com>
<https://ourworld.unu.edu/en/farming-in-the-sky-in-singapore>

*Absender:***Friedrich Walz, BiBS, Stadtbezirksrat
131 Innenstadt****18-09647**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Denkmal "Heinrichsmauer" am Schubertshof***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

20.11.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

11.12.2018

Ö

Sachverhalt:

Wann wird die Verwaltung das Denkmal „Heinrichsmauer“ am Schubertshof aufstellen?

gez.:

F. Walz

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Weiterentwicklung des Magnifestes, Übergabe der
Unterschriftenaktion "Magnifest ändern"**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.10.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

11.12.2018

Ö

Das zurzeit jährlich ausgerichtete für die Außendarstellung der Stadt wichtige Stadtfest unterliegt seit seinem Zustandekommen einem steten Entwicklungsprozess. Begonnen in den Siebziger Jahren als auf Engagementbasis der Anrainer des Magniviertels initiiertes Stadtteilfest mit überwiegend lokalem Publikum, stellt das Fest heute eine professionell organisierte überregional vermarktete Attraktion auf Geschäftsmodellbasis dar und ist fester Bestandteil des städtischen Außenauftritts.

Neben das regelmäßig unmittelbar nach dem Fest auftretende kurzfristige Ereifern über die vorübergehenden mit der Festdurchführung einhergehenden Unpässlichkeiten treten im von der Veranstaltung betroffenen Bereich des Stadtbezirks Innenstadt inzwischen grundlegende Zweifel am Fortbestandswert des Festes in seiner derzeitigen Ausprägung.

Anwohner des Magniviertels, dort ansässige Geschäftsleute und deren Kunden haben hierzu eine Unterschriftenaktion durchgeführt, mit welcher sie exemplarisch ihrem Wunsch nach Veränderung Ausdruck verleihen. Die Übergabe der Unterschriftenlisten erfolgt während der Sitzung des Stadtbezirksrats.

1 - Welche Möglichkeiten zur Rückführung des Festes auf den Charakter eines durch die Bevölkerung mitgestalteten Stadtfestes sieht die Verwaltung?

2 - Wie bewertet die Verwaltung das jetzige Konzept in seinen wirtschaftlichen, aufenthaltsqualitativen und touristischen Dimensionen?

3 - Welche Vorteile bietet ein zweijähriger Veranstaltungsturnus unter Einbeziehung weiterer Bereiche der Innenstadt in die Festveranstaltung, analog zum Wolfenbütteler Altstadtfest?

Anlagen:

Betreff:**Weiterentwicklung des Magnifestes, Übergabe der
Unterschriftenaktion "Manifest ändern"**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VI 0800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat	<i>Datum:</i> 29.11.2018
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Kenntnis)	11.12.2018	Ö

Sachverhalt:

Zu der Anfrage von Herrn Bonneberg, PIRATEN, im Stadtbezirk 131 - Innenstadt vom 19. Oktober 2018 wird wie folgt Stellung genommen:

Die Braunschweig Stadtmarketing GmbH hat zur Weiterentwicklung des Magnifestes auf Nachfrage am 23. November 2018 folgendes ausgeführt:

Das Magnifest ist seit Jahrzehnten geprägt vom Engagement der örtlichen Händler, Gastronomen und Dienstleister. Die kommerziell ausgerichtete Veranstaltung wurde lange durch die Vorsitzenden der Werbegemeinschaft und weitere Anlieger organisiert. Die steigenden Anforderungen an Organisation und Programm, letztlich aber auch die nach den Vorfällen in Duisburg gestiegenen Sicherheitsanforderungen an Großveranstaltungen machten es vor einigen Jahren erforderlich, eine professionelle Veranstaltungsagentur zur Unterstützung zu verpflichten. Nach einem Wechsel ist aktuell eine Agentur im Auftrag der Werbegemeinschaft tätig.

Die Kritik von Anliegern an Auswirkungen des Magnifestes dürfte so alt sein wie das Fest selbst. In den Jahren kamen immer wieder Beschwerden auf, die in der Regel gezielt abgestellt werden konnten, wenn es sich um spezifische Probleme handelte. Insgesamt ist das Beschwerdeaufkommen der Veranstaltungsart entsprechend durchschnittlich.

Die Unterschriftenaktion ist der Verwaltung, aber auch dem Veranstalter nicht bekannt.

Zu Frage 1:

Veranstalter ist die Werbegemeinschaft Magni in enger Abstimmung mit der Bürgerschaft. Insofern und auch mit Blick auf die Abstimmungen im Viertel vor der Veranstaltung sind aus Sicht der Verwaltung bereits zahlreiche Möglichkeiten zu Mitwirkung und Engagement bei der Veranstaltung gegeben. Das konkrete Ziel einer Rückführung erschließt sich nicht, insbesondere da es im Magniviertel bereits andere kleinere Veranstaltungen und Aktionen sowie große Zeiträume gibt, in denen Veranstaltungsflächen für eigene Initiativen genutzt werden können. Letztlich liegt die Entscheidung beim jeweiligen Veranstalter.

Zu Frage 2:

Hierzu liegen der Verwaltung keine Untersuchungen oder Zahlen vor. Man kann jedoch davon ausgehen, dass es sich bei den Besuchern des Festes zum Großteil um Braunschweigerinnen und Braunschweiger und um Tagestouristen aus der Region handelt.

Die Aufenthaltsqualität entspricht dem, was man von klassischen Stadtfesten kennt: eine Mischung aus Open Air Bühnen, Kunsthandwerk, Handel, kleineren Fahrgeschäften und attraktivem Kinderprogramm. Wirtschaftlich trägt sich die Veranstaltung nach Kenntnis der Verwaltung unter Berücksichtigung der Unterstützung des Stadtmarketings selbst. Die zahlreichen Besucher sprechen für ein attraktives Angebot.

Zu Frage 3:

Der Veranstalter teilte auf Anfrage mit, dass kein Interesse an einem zweijährigen Veranstaltungsturnus sowie einer Ausweitung des Festes über das Magniviertel hinaus besteht. Vorteile erkennt die Verwaltung bei einem zweijährigen Turnus im Ergebnis nicht. Letztlich würden durch eine Erweiterung auf andere Stadtbereiche das Konfliktpotential mit neuen Anliegern, sowie der Koordinationsaufwand und die Kosten deutlich erhöht.

Leppa

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Potentiale zeitgenössischer Mobilitätsinnovationen für den
Stadtbezirk Innenstadt**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.11.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

Ö

05.12.2017

Im Wettbewerb der Städte Europas um zukunftsweisende innovative Innenstadt-Verkehrssysteme soll die Stadt Braunschweig als Standort, auch mobilitätsbezogener, Wissenschaft und Forschung ihre Position erhalten.

Durch seine exponierte Lage in Stadt und Region, sein dichtes Verkehrswegenetz sowie die kurzen Entferungen zwischen Geschäften, Wohnungen, Fertigungsanlagen, Arbeitsplätzen und Erholungsräumen erhält der Braunschweiger Stadtbezirk Innenstadt hier besondere Bedeutung als mögliche Sonderzone zur Einführung für derartige Mischgebiete geeigneter Mobilitätsinnovationen.

1. Welche der zurzeit sichtbar werdenen alternativen Mobilitätskonzepte (Beispiele siehe Anlage "Mobilitätsinnovation_Beispiele_2017.pdf") bieten aus Sicht der Verwaltung erstrebenswertes Potential für die Entwicklung der Braunschweiger Innenstadt?
2. Worin besteht das jeweilige erstrebenswerte Potential?
3. Welche politisch zu vollziehenden Schritte empfiehlt die Verwaltung zur erfolgreichen Erschließung dieser Potentiale für den Stadtbezirk Innenstadt?

gez.

Martin Bonneberg

Anlagen:

Mobilitätsinnovation Beispiele 2017

Beispiele zur Illustration der Anfrage

1. <http://www.zeit.de/mobilitaet/2017-10/autonomes-fahren-bad-birnbach-elektrobus> > Die Deutsche Bahn realisiert Nahverkehrslösungen (Hamburg, Bad Birnbach, <https://3druck.com/nachrichten/deutsche-bahn-setzt-3d-gedruckten-autonomen-bus-olli-von-local-motors-ein-3553597/>) mit autonomen Klein-Bussen von Ligier, alternativ: localmotors.com



2. die Deutsche Post liefert Postgut in Eigenprodukten ("streetscooter" Transport-ePKW) > <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/post-und-ford-wollen-groesserer-elektro-transporter-bauen-15153816.html>, Entwicklung mittels Hochschul-StartUp/SpinOff-Unternehmen, danach mit Ford als Industriepartner



die Deutsche Post nutzt postguttragende Robotfahrzeuge zur Zustellerbegleitung > <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/post-testet-begleit-roboter-geraet-soll-zusteller-entlasten-15230525.html>



3. <https://www.tz.de/muenchen/stadt/aerger-um-neuen-leihradl-anbieter-fahrraeder-als-datensammler-8591103.html> > chinesische Anbieter stellen eBikes unentgeltlich gegen Kunden-Daten zur Verfügung.



*Absender:***Böttcher, Helge / Frakt. B90/Grüne im
Stadtbezirksrat 131****18-08493**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Fahrradabstellanlagen am Braunschweiger Rathaus***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

13.06.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

26.06.2018

Ö

Sachverhalt:

Die Fahrradabstellanlagen am Rathaus sind regelmäßig belegt, sodass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ehrenamtliche Rats- und Bezirksratsmitglieder und Besucherinnen und Besucher ihre Fahrräder nicht anschließen können. Stattdessen werden Fahrräder an umliegenden Bäumen oder vor den Informationstafeln der Stadt abgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie viele Fahrradabstellanlagen gibt es am Braunschweiger Rathaus und hält die Verwaltung diese für ausreichend?
 2. Wie beurteilt die Verwaltung den Vorschlag weitere Fahrradständer am Rathaus oder auf dem Platz der Deutschen Einheit einzurichten?
 3. Welche Kosten würden dabei entstehen?
- gez. Helge Böttcher

Anlagen: Fotos

Betreff:

Artenvielfalt erhöhen - Insektensterben stoppen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.06.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

26.06.2018

Ö

Der Rückgang fast aller Insektenarten nimmt immer dramatischere Ausmaße an. Die Ursachen hierfür sind weitgehend bekannt: Der Einsatz von Insektiziden, insbesondere der Neonikotinoide, von Herbiziden, Stickstoffeintrag, Wegfall von Brachen und Umbruch oder Nutzungsintensivierung von Grünland. Das trifft auch alle heimischen Wildbienenarten und Honigbienen, deren Rückgang nicht nur ökologische sondern auch erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen durch deren zurückgehende Bestäubungsleistung in der Landwirtschaft hat. Gesichert ist inzwischen, dass der drastische Rückgang vieler Insektenarten ursächlich für eine ebenfalls stark zurückgehende Vogelpopulation ist. Allein der Brutbestand des Stars, Vogel des Jahres 2018 und nach wie vor weit verbreitet, hat in den letzten 12 Jahren bundesweit um rund 2,6 Mio. Brutpaare abgenommen. Viele Studien hierzu zeigen, wie dramatisch die Lage ist und mahnen zur Eile, weil sonst der sogenannte »stumme Frühling« in nur wenigen Jahren Wirklichkeit werden könnte.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- 1.) Welche innerstädtischen Grünflächen werden bereits für die Ansaat oder Initialpflanzung von ein- oder mehrjährigen standortheimischen Blühpflanzen genutzt?
- 2.) Welche weiteren geeigneten Grünflächen gibt es in der Innenstadt, die durch Ansaat oder Initialpflanzung mit ein- oder mehrjährigen standortheimischen Blühpflanzen versehen werden könnten?
- 3.) Welche Kosten würden dabei entstehen?

gez. Helge Böttcher

Anlagen:

Absender:

**Gruppe Die PARTEI/PIRATEN im
Stadtbezirksrat 131**

18-08571

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Förderung von Lastenfahrrädern

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.07.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

18.09.2018

Ö

Zurzeit laufen bundesweit in verschiedenen Kommunen Förderprogramme zur Anschaffung von Lastenfahrrädern. Eine, auch teilweise, Umstellung des Warentransports erscheint sinnvoll, weil "umweltfreundlich, leise und platzsparend" (Zitat Landesregierung Berlin, siehe Anlage 2).

1 – Wie schätzt die Verwaltung die Veränderungen bei der Verkehrsbelastung des Stadtbezirks Innenstadt insbesondere im Waren- und Güternahverkehr durch den Einsatz von Lastenfahrrädern ein?

2 – Welche Angebote hält die Stadt zur Substitution von innerstädtischem KFZ-Verkehr durch Förderung der Anschaffung von „umweltfreundlichen, leisen und platzsparenden“ Verkehrsmitteln bereit?

3 – Welche Voraussetzungen müssen geschaffen sein für ein städtisches Förderprogramm zur Steigerung der Anzahl von Lastenfahrrädern mit oder ohne elektrische Antriebsunterstützung im innerstädtischen Stadtraum?

Gez.

Martin Bonneberg

1 – <https://www.zeit.de/mobilitaet/2018-07/lastenraeder-senat-berlin-foerderung-infrastruktur>
 2 – <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/lastenfahrraeder-berlin-zahlt-kaeufern-praemie-a-1216660.htm>

Betreff:

Gefährdendes Halten und Parken auf Fuß- und Radwegen in der Innenstadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.10.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

30.10.2018

Ö

Sachverhalt:

Auf Bürgersteigen und den Radwegen parkende Fahrzeuge sind nicht nur ein Ärgernis für die betroffenen Fußgänger*innen und Radler*innen, sondern häufig auch verkehrsgefährdend. Fußgänger*innen, vor allem solche mit Rollatoren oder Kinderwagen, Radler*innen sowie Rollstuhlfahrer*innen sind in diesen Fällen gezwungen auf die Fahrbahn auszuweichen. Hier geraten sie in Konflikt mit dem fließenden motorisierten Verkehr. Dies führt ggf. zu gefährlichen ja mitunter lebensbedrohlichen Situationen - auch für die Autofahrer*innen, die ausweichen müssen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie oft ist pro Jahr gegen Falschparker und falsches Halten auf Rad- und Fußwegen vorgegangen worden (aufgeschlüsselt nach Verstoßarten und Bußgeldhöhe)?
2. Wie häufig wurden dabei Fahrzeuge abgeschleppt, und was sind die Kriterien für das Abschleppen des Fahrzeugs?
3. Welche Maßnahmen können darüber hinaus ergriffen werden, um gefährdendes Falschparken auf Rad- und Fußwegen zu vermindern?

gez. Helge Böttcher

Anlagen:

Absender:

**Bonneberg, Martin (PIRATEN) im
Stadtbezirksrat 131 Innenstadt**

18-09268

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Fehlende Konsequenz bei der Einführung von Tempo 30 in der
Innenstadt**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.10.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Status

30.10.2018

Ö

Zurzeit gilt für das Einbiegen in die Kurve Münzstraße/Dankwardstraße und das Zurücklegen der ca. achtzig Meter langen Strecke bis zur Ampel Dankwardstraße/Bohlweg/Steinweg Tempo 50. Auf der Münzstraße selbst ist bis zur Kurve Tempo 30 vorgegeben.

Aus Sicht der Anrainer und Passanten ist eine grundsätzliche Begrenzung der Fahrtgeschwindigkeit in diesem Innenstadtgebiet auf 30 Km/h attraktiv, sie verringert das Risiko schwererer Unfälle, reduziert Lärm und Schadstoffausstoß. Wenn schon nicht auf den innenstadtbezirklichen mehrspurigen Hauptverkehrsstraßen überall umsetzbar, so ist Tempo 30 doch in den einspurigen Nebenstraßen wünschenswert, damit die ohnehin hohe Belastung des Innenstadtbezirks mit Lärm und Luftschadstoffen nicht auch noch vor der eigenen Haustür oder dem Arbeitsplatz entsteht. Gerade die Einbeziehung zentraler Nebenverkehrsstrecken in eine möglichst flächendeckende Tempo 30 Zone hilft, durch die Präsenz der Verkehrszeichen an diesen häufig frequentierten Orten innerhalb der Innenstadt dieses Tempo nachhaltig im Bewusstsein der Verkehrsteilnehmenden zu verankern.

Frage:

Welche Gründe sprechen gegen den Austausch des Tempo 50 Verkehrszeichens durch ein Tempo 30 Verkehrszeichen an der benannten Straßenecke und die Ausdehnung der Tempo 30 Bereiche in der Innenstadt auch auf diese Strecke?

gez.:

M. Bonneberg

Anlagen:

keine

Absender:

**Klippert, Romina / Frakt. B90/Grüne im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 6.12

18-09285

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Erweiterung von Lichtsignalanlagen um eine Countdown-Ampel für
Radfahrer**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

30.10.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Bei einer Countdown-Ampel handelt es sich um ein Display, dass in der Nähe einer Lichtsignalanlage angebracht wird und die Restzeit bis zur nächsten Ampelphase anzeigt. Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Aufstellung einer Countdown-Ampel als Ergänzung zu einer bestehenden Lichtsignalanlage an zwei möglichen Standorten zu beurteilen:

- an der Einmündung der Georg-Eckert-Straße in den Bohlweg für die Radfahrer, die aus der Georg-Eckert-Straße kommen
- Ecke Fallerslebender Straße/ Wendenstraße für Radfahrer, die von der Fallerslebener Straße aus die Wendenstraße queren möchten

Ist die Aufstellung einer Countdown-Ampel grundsätzlich und an diesen Standorten möglich?

Wie hoch wären die Kosten für die Aufstellung und Betrieb?

Anlagen:

keine